

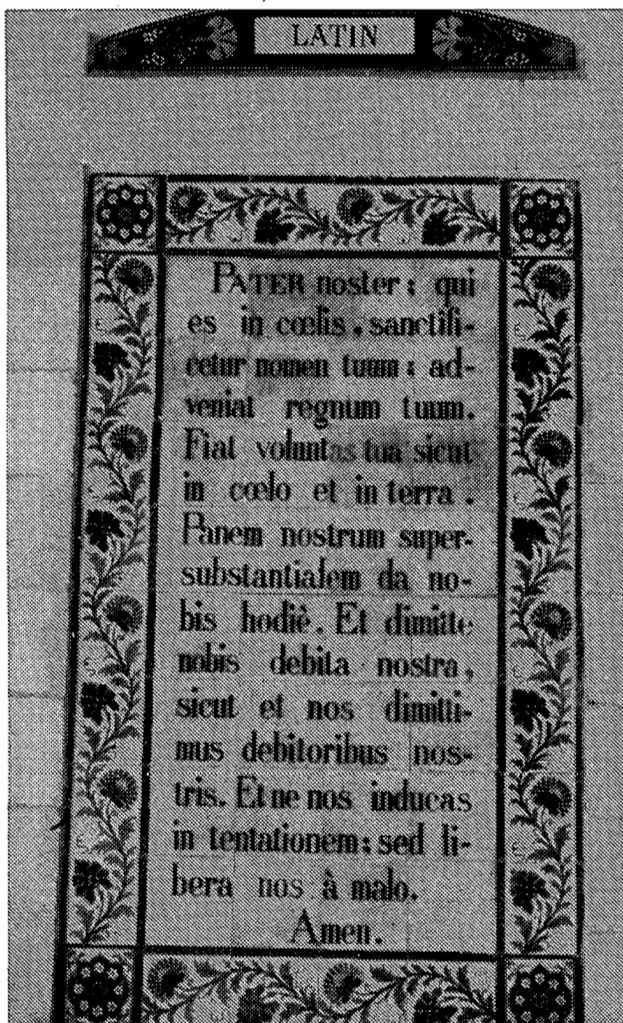


# Evangelische Verantwortung

Dezember 1987

## Zu Fuß nach Jerusalem

Klaus Weigelt



Das lateinische „Vater unser“ in der Pater-Noster-Kirche in Jerusalem

Klaus Weigelt, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, kehrte erst von wenigen Wochen von einer Pilgerwanderung nach Israel zurück. Im folgenden berichtet er über den Schlußteil dieser Reise durchs Heilige Land, den Einzug in Jerusalem.

Die Pilgergruppe steht im Schatten eines alten Ölbaumes. Der Blick der Wanderer geht über das Tal hinweg, aus dem sich vor ihnen eine Asphaltstraße zu einer Neubausiedlung auf dem gegenüberliegenden Hang emporwindet: ein östlicher Vorort Jerusalems. Tief unten im Tal zieht sich zwischen spärlich bewachsenen Hügeln hindurch die Straße hinab nach Jericho. Die Pilger hören das Gleichnis vom barmherzigen Samariter, während fern Straßenverkehr lärmt, wirkt auf die Gruppe das zeitenüberdauernde Bild der biblischen Landschaft.

Es ist der Morgen des vierten Tages einer Wanderung von Tel Aviv nach Jerusalem. Drei anstrengende Teilstrecken sind bereits geschafft, heute steht der schönste Teil bevor mit dem Einzug in Jerusalem als Höhepunkt.

Es begann mit einem langen Weg durch die sonnen durchglühte Ebene von Beth Shem im Süden von Tel Aviv nach Latroun, dem weithin sichtbaren Trapistenkloster am Westhang des jüdischen Berglands. Durch Paprika- und Auberginenfelder ging es zunächst über Feldwege nach Süden, später an einer reichlich befahrenen Landstraße entlang ostwärts, durch die schattenlose Hitze des Tages. Man gönnte sich nur eine kurze Rast unter Oliven- und Paranaußbäumen und vernahm auf der letzten Anhöhe vor dem Ziel die alten Worte aus Josua 10: „Sonne, steh still zu Gibeon, und Mond im Tal Ajalon!“ Das lag nun über dreitausend Jahre zurück, aber man war in der Nähe. Der französische Gastpater nahm sie freundlich auf, wies ihnen die Zimmer zu und bewirtete sie nach dem Abendgebet. Der weithin bekannte Wein, den die

Mönche von Latroun anbauen, tat ein übriges für die notwendige Erquickung nach der Anstrengung des Tages und für einen frühen, tiefen Schlaf, in den von Ferne der Gesang der Mönche ab drei Uhr in der Frühe des anderen Tages drang.

Vor dem Abmarsch hört man an der Klosterpforte ein altes Wallfahrtslied: „Wenn der Herr die Gefangenen Zions erlösen wird, so werden wir sein wie die Träumenden...“ (Psalm 126).

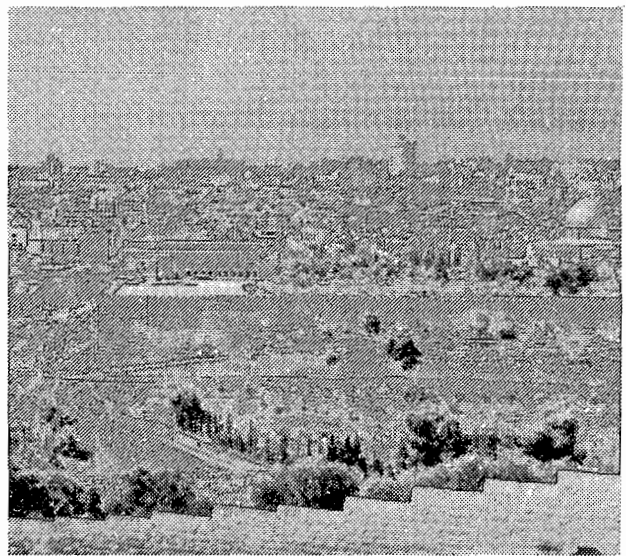
Jetzt geht es in die Berge. Mehrere hundert Meter Höhenunterschied sind zu überwinden bis nach Shorsh, wo ein Kibbuzhotel mit Schwimmbad auf die Gruppe wartet. Vom wolkenlosen Himmel scheint eine warme, in der Frühe nicht unangenehme Sonne. Nach kurzer Straße führt der Weg in biblische Regionen: Feldwege, Föhrenwälder, Ausblicke in Täler und auf felsige Hügel, Zypressen. Der Weg wird steil, zwischendurch geht es wieder abwärts, trotz guter Führung verläuft man sich. Die Tour wird erheblich beschwerlicher als vermutet. Man schwitzt und trinkt, man macht einen kurzen Halt unter einem schattenspendenden Baum auf steilem Weg. Hier ist man der sengenden Hitze des Spätvormittags entzogen, sogar ein Lüftchen weht. Man hört: „Danket dem Herren und rufet an seinen Namen; verkündigt sein Tun unter den Völkern!...“ (Psalm 105). Was sind dagegen unsere kleinen Leiden, sagt einer der Wanderer. Abends nach dem Schwimmen in der Runde der Freunde bei Avdat-Weißwein vom Karmelgebirge im Norden des Landes ist ohnehin alles schnell vergessen, und man freut sich auf den nächsten Tag.

Jetzt rückt Jerusalem schon greifbar nahe. Man erreicht Abu Gosh, einen der wahrscheinlicheren Plätze für das neutestamentliche Emmaus. Mitten in einem rein muslimischen Gebiet liegt hier eine alte Kreuzfahrerkirche auf französischem Territorium, bewohnt von Benediktinern und Benediktinerinnen. Neben dem Kloster steht eine Moschee, deren Minarett die Kirche überragt. Die Mönche beten die None in eigener Gregorianik, begleitet von einer senegalesischen Harfe. Man besichtigt die Töpferei, aus deren Erträgen die Mönche leben und wendet sich nach Kiryat Anavim, dem Tagesziel, während der Muezzin vom Minarett hinter ihnen herklagt, eine weithin hallende Stimme, die auch beim Anbruch des kommenden Tages das Land erfüllen wird.

Heute morgen nun war man zunächst in einen Bus gestiegen und in weitem Bogen nördlich von Jerusalem herum über Beth Hanina und Maala Adumim bis kurz vor Bethanien gefahren, um von Osten her den Rest des Weges zu gehen. Nach steilem Aufstieg sieht man linker Hand Bethanien und die Lazaruskirche liegen. Die erste Station dieses letzten Tages. Bethanien mit seiner Stille und Einsamkeit war der Lieblingsaufenthalt Jesu. Hier lebten die Geschwister Lazarus, Martha und Maria. Im schönen Patio vor der Kirche hört man die neutestamentlichen Geschichten aus Lukas 10 und Johannes 11. Das Mosaik in der Apsis der Kirche trägt die Inschrift „Ego sum resurrectio et vita“.

Weiter geht es, einen langen, von Mauern eingefassten Weg hinauf. Hier fängt sich die glühende Hitze, obwohl es noch relativ früh ist. Aber bald gelangt man über den Kamm, hinter dem sich ein kleines Tal öffnet, an dessen Ende sich der Osthang der Ölberges hinaufzieht. Unten liegt Betfage, die zweite Station. Hier verehrt man den Ort nach Matthäus 6, an dem Jesus seinen Einzug in Jerusalem begonnen hat. Hier bestieg er den Esel, der ihn über den Ölberg in die Stadt

trug. Der Platz ist ruhig und lädt zur Meditation ein. Das einfache Mosaik in der Apsis der Kirche zeigt Jesu Einzug in Jerusalem. Man bricht auf und wendet sich die langgestreckte Hangstraße hinauf auf den Ölberg. Der Straßenverkehr ist zum Glück nur mäßig. So erreicht man als dritte Station die Pater-noster-Kirche. An dieser Stelle soll Jesu die Jünger das Beten gelehrt haben, wie es bei Matthäus 6 und Lukas 11 geschildert wird. An langen Wänden, teilweise im Freien, teilweise unter Arkaden, ist das Vaterunser in über 60 Sprachen auf blumenumrankten Kacheln zu lesen. So können viele, auch Chinesen, Inder und Afrikaner, in ihrer Sprache beten.



**Blick auf Jerusalem**

Von der Vater-unser-Kirche geht es zunächst ein kleines Stück abwärts. Aber dann öffnet sich plötzlich der Blick über die heilige Stadt. Gegenüber liegt der Tempelberg mit der Al Aqsa-Moschee und dem Felsendom, links die Dormitio-Abtei auf dem Berg Zion. Oberhalb des Felsendoms sind die Evangelische Erlöserkirche und die Grabeskirche erkennbar, in der Griechisch-Orthodoxe, Franziskaner, Armenier und Kopten um den Dienst an ihrem Herrn Jesus Christus wetteifern.

An dieser Stelle und bei diesem lange erwarteten großartigen Anblick fängt leider auch der Geschäftsrummel an, der die Gruppe bisher verschont hat. Man muß sich verschiedener aufdringlicher Araber erwehren, da man nichts kaufen will, und wendet sich hinab ins Kidron-Tal. An den Gräbern der Propheten Haggai und Maleachi vorbei, führt der Weg steil hinunter zur Kirche Dominus flevit, der vierten Station. Hier soll Jesus nach Lukas 19 über Jerusalem geweint und sein Ende vorausgesagt haben. Das berühmte Altarfenster der Kirche ist aus reinem Fensterglas: So hat man aus der Kirche einen schönen Blick auf die heilige Stadt. Die Gruppe hört Psalm 48, der von der Ewigkeit der Gottesstadt singt.

Weiter abwärts geht es bis zum Garten Gethsemane, der fünften Station. Hier steht die Kirche der Nationen, so genannt, weil 16 Nationen diese schöne Kirche mitfinanziert haben. Sie wurde über dem Stein errichtet, auf dem Jesus in der einsamen Gebetsnacht vor seinem Tode gerungen haben soll (Matthäus 26, Markus 14, Lukas 22). Der Garten Gethsemane ist auch der Ort der letzten Mittagsrast für die Pilgergruppe. Karg, steinig und trotz der schattenspendenden Öl-bäume nur wenig kühl ist diese Rast ein letzter Hätetest. Entschädigung bietet der Blick auf den Felsendom und einen Teil Jerusalems.

Dann geht es durchs Kidrontal an den Königsgräbern vorbei. Das Grab Absaloms, des Sohnes Davids, hat schon zur Zeit Jesu gestanden. Aber trotz der Königsgräber ist der Anblick des Tales ernüchternd. Dies ist keine biblische Landschaft mehr, sondern ein Fall für die Stadtsanierung.

Auf der anderen Seite des Tales beginnt der Aufstieg immer an der Außenmauer Jerusalems entlang, vorbei an dem Teich Siloah – ein Tummelplatz für Kinder – bis zum Zionstor, von dort sind es nur noch wenige Schritte bis zur Dormitio-Abtei, wo die Gruppe unter Glockengeläut von Abt Nikolaus und einigen Benediktiner-Patres begrüßt und in die Kirche geleitet wird. Der Abt liest den 87. Psalm: „Sie ist festgegründet auf den heiligen Bergen. Der Herr liebt die Tore Zions mehr, als die Wohnungen in Jakob. Herrliche Dinge werden in dir gepredigt, du Stadt Gottes.“ – Und der Prior stimmt das Lied an „Großer Gott wir loben dich“. Ein Gefühl der Dankbarkeit durchströmt die ökumenisch zusammengesetzte Gruppe. Einer sagt: Ich war schon oft in Jerusalem; in Gedanken, beim Lesen der Heiligen Schrift, und auch als Reisender. Aber heute bin ich wohl zum ersten Mal richtig angekommen.



Rast im Garten Gethsemane. Im Hintergrund der Felsendom

## Anmerkungen zur politischen Ethik

Albrecht Martin

Immer hat man sich bemüht, politisches Handeln sittlich zu rechtfertigen. Wo der Staat als Gottesgemeinde verstanden wurde, handelte man gut, sofern man sich mit dem Gotteswillen in Übereinstimmung glaubte. Das gilt etwa für die Zeit Israels vor der Gründung des Königtums. Für Rom war jeder Krieg gerecht, wenn er irgendwie als Verteidigungskrieg interpretiert werden konnte; man lese etwa in Caesars „Gallischem Krieg“ die Begründung für den Feldzug gegen die Helvetier. Sittliches Handeln bedeutet aber für den Römer in erster Linie strikte Einhaltung des Rechtes, und wir sind bis heute nicht über die Haltung hinausgekommen, die in dem berühmten Brief des Kaisers Trajan an Plinius kurz nach dem Jahr 100 deutlich wird: man soll Christen nicht aufgrund anonymen Anzeigen verfolgen, denn „das wäre unseres Zeitalters nicht würdig“.

Will man der Problematik gerecht werden, so muß man zunächst

zwei Fragen stellen: welches ist die Aufgabe politischen Handelns, und unter welchen Voraussetzungen geschieht es?

### Aufgabe politischen Handelns

Man sieht leicht, daß das Urteil über ethisches Handeln im politischen Bereich von wichtigen weltanschaulichen Vorentscheidungen abhängt. Sieht man es als Aufgabe des Staates an, eine bestimmte Idee zu verwirklichen, dann werden die konkreten Schritte auf dem Wege zur Durchsetzung dieser Idee ganz anders beurteilt werden, als wenn ich es als Aufgabe des Staates ansehe, Not und Tod von den Menschen möglichst fernzuhalten. Der Tod von Hunderttausenden kann dann hingenommen werden, wenn man den Kampf als unvermeidlich ansieht, zu einer besseren Welt zu kommen. Moderne Ideologien können sogar den Tod großer Menschenzahlen als sittliches Gebot betrachten: man denkt an die

Vernichtung der Klasse der Kulaken durch Stalin und die technisch perfekte Vernichtung des Judentums durch den Nationalsozialismus. Diese Beispiele sollen nur deutlich machen, daß jedes Urteil über ethische Verantwortbarkeit abhängt von der Annahme und Anerkennung vorgegebener Maßstäbe.

Meiner Ansicht nach ist es Aufgabe allen politischen Handelns, eine Ordnung der Verhältnisse zu schaffen und zu sichern, die es dem Menschen gestattet, ein seiner Würde entsprechendes Leben zu führen. Was Würde des Menschen ausmacht, das definiert unser Grundgesetz in den ersten Artikeln aufgrund einer langen geistesgeschichtlichen Entwicklung. Dieses Menschenbild ist wesentlich bestimmt durch Antike, Christentum und Aufklärung. Welche Ordnungen und welche Handlungsmöglichkeiten sich bei Annahme dieses Menschenbildes ergeben, das hängt von vielen Faktoren ab, z. B. von der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, auch von dem

Ergebnis der Abwägung zwischen verschiedenen Rechtsgütern; ich werde darauf noch zurückkommen.

Man darf also nichts tun oder tun wollen, was der Würde des Menschen schadet, und zwar nicht nur der Würde des möglichen Opfers, sondern auch der eigenen Würde. Das ist leicht gesagt, aber schwer getan; denn leider sind die Menschen sehr unterschiedlicher Ansicht über das, was sein sollte, und darüber, wie man es erreichen könnte. Weil das so ist, braucht man eine Rechtsordnung und den Willen einer hinreichend großen Mehrheit der Mitglieder der Rechtsgemeinschaft, sich an diese Rechtsordnung zu halten. Aufgabe des Staates ist es nun, das Recht notfalls gegen Widerstrebende durchzusetzen. Zu diesem Zweck übt der Staat durch die Verantwortlichen Macht aus. Hier beginnt nun das neue Problem, denn die Gefahr ist immer gegeben, daß diese Macht zu anderen als den eigentlich gewollten Zwecken gebraucht, also mißbraucht wird. Die Versuchung ist groß, daß die Inhaber von Macht die Instrumente zu persönlichen oder zu Vorteilen einer bestimmten Gruppe einsetzen. Daß hier Grundsätze sittlichen Verhaltens verletzt werden, liegt auf der Hand. Aber man muß dabei bedenken, daß politisches Verhalten in der Vergangenheit sittlich nicht beanstandet wurde, das wir heute als jeder Ethik bar bezeichnen würden. Für das Mittelalter war die Adelherrschaft mit all ihren negativen Auswirkungen sittlich nicht zu beanstanden, ebensowenig die Kriege Friedrichs des Großen im 18. Jahrhundert, wohl aber sein Befehl, das Schloß Hubertusburg zu plündern, wie die Befehlsverweigerung der Obersten v. d. Marwitz zeigt. Politisches Verhalten, das als ethisch legitimiert angesehen wurde, wurde damals noch stark durch einen sehr personenbezogenen Ehrenkodex geprägt.

### Zweck und Mittel

In seinem Roman „Jürg Jenatsch“ schildert C. F. Meyer den Kampf dieses Volksführers um die Freiheit seiner Graubündener Heimat. Mit allen Mitteln der Zeit und des Krieges, sogar mit dem Mord, schließlich auch durch den persönlichen Glaubenswechsel, sucht er Bünden gegen Frankreich und Habsburg zu behaupten. Für C. F. Meyer waren ganz offensichtlich

nur der Mord und der Glaubenswechsel sittlich verwerflich. Im gleichen Roman wird geschildert, wie der französische Feldherr Herzog Heinrich Rohan an dem einmal gegebenen Wort festhält, obwohl er durch einen Wortbruch die Lage für sein Land schlagartig verbessern könnte; das Problem der Staatsraison taucht hier als Problem politischer Ethik auf: hätte Herzog Rohan nicht den persönlichen Wortbruch auf sich nehmen müssen um des Interesses seines Landes willen?

Hier wird eine besondere Versuchung sichtbar, unter der ein Politiker steht: in vielen Fällen kann er sich sagen, daß er durch eine sittlich bedenkliche Handlungsweise einem guten Zweck, ja dem sittlich begründeten Ziel, seiner eigentlichen Aufgabe, diene. Aber wird eine ethisch bedenkliche Handlungsweise ethisch vertretbar durch das Ziel? Heiligt der Zweck die Mittel? Ganz gewiß nicht – aber damit ist die Frage nicht beantwortet. Es macht gerade die Bedeutung sittlichen Handelns aus, daß es sich nicht von selbst versteht, sondern das Ergebnis besonders sorgfältiger Prüfung ist. Wenn der Politiker in ganz besonderer Weise Verantwortung trägt, dann heißt dies, daß er die Folgen seines Handelns, die kurzfristigen und die langfristigen, besonders sorgfältig bedenkt. Das gilt auch, ja gerade, weil sein Handeln besonders sorgfältig beobachtet wird und das Verhältnis vieler Menschen zum Recht und zur Rechtsordnung dadurch wesentlich mitgeprägt wird.

Die Versuchungen für den Politiker sind in der Demokratie besonders groß. Seine Macht, d. h. die Möglichkeit, das zu tun, was er für richtig, ja vielleicht für zwingend geboten hält, hängt von der in kurzen Fristen in Wahlen erneuerten Zustimmung einer Mehrheit ab. Die Versuchung liegt nahe, durch Unterlassung notwendiger, aber für eine größere Gruppe unbequeme Entscheidungen oder durch „Wahlgeschenke“ die Mehrheit zu sichern. Man muß auch bedenken, daß der Politiker sich oft einer Gruppe der Bevölkerung besonders verpflichtet fühlt, als deren Repräsentant er gewählt wurde. Es ist gar nicht so leicht, vom status dessen, der einen Teilaspekt betont, in den status dessen überzutreten, der das Wohl des Ganzen vor Augen hat. Es führt auch in eine gewisse Einsamkeit.

Der Politiker wirbt in der Demokratie durch seine Leistung und durch sein Programm, aber auch durch Relativierung der Leistungen des Gegners und durch Infragestellung von dessen Programm. Aber wo wird das eine zur Lüge, das andere zur Verleumdung? In der Auswirkung für noch viel schlimmer halte ich es, wenn mit der Miene des Biedermannes an den Gegner Fragen gestellt werden, denen man eine Unwahrheit nicht nachweisen kann, die aber tief unwahrhaftig sind und die Herabsetzung des Gegners beabsichtigen.

### Politisches Ethos

Im allgemeinen herrscht Übereinstimmung darin, daß der Gegner nicht persönlich in seinem engsten Lebensbereich angegriffen werden darf; die oft genannte Gürtellinie ist sprichwörtlich geworden, obwohl es ja schon problematisch ist, die politische Auseinandersetzung mit einem Boxkampf zu vergleichen. Ein Teil der Medien, der alles gierig aufgreift, was als Skandal erscheint, verschärft die Versuchung, die Grenze zu überschreiten. Aber gerade in diesem Zusammenhang wird deutlich, wie wichtig es ist, die Würde des Menschen als oberstes Ziel festzuhalten. Wenn Werbung – auch Werbung um politische Zustimmung – daran nicht mehr unbedingt festhält, dann gerät die gesamte Rechtsordnung ins Wanken, weil das Vertrauen der Bürger in die innere Berechtigung der Regeln und Gesetze schwindet. Die Rechtsordnung läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, wenn das Verhalten der in besonderer Verantwortung stehenden Politiker nicht mehr dem die Rechtsordnung tragenden Ethos entspricht. Das heißt aber, daß der Schaden entstehen kann, ohne daß strafrechtlich relevante Verfehlungen vorliegen. Und hier sind wir bei einem Grundproblem, das in einer Gesellschaft entsteht, die für erlaubt hält, was nicht ausdrücklich durch Gesetz oder Verordnung verboten ist.

Die Rechtsordnung in einer Demokratie setzt nicht nur die Einhaltung der Gesetze voraus, sondern fordert auch die Befolgung ungeschriebener Gesetze. Hier ist der Bereich politischer Ethik und der Verbindlichkeit ihrer Regeln. Das haben die Ereignisse in Kiel plötzlich deutlich gemacht: es geht nicht ohne politisches Ethos. Die Kieler

Ereignisse haben aber auch deutlich gemacht, wie anfällig, wie versuchbar Politiker und ihre Umgebung mitunter sind und wie versucherisch die Sensationsgier vieler Menschen und die dieser Sensationsgier dienenden Medien wirken können. Die Forderung nach ethisch verantwortbarem Handeln und Reden geht uns alle an, wobei die höhere Verantwortlichkeit des Politikers gewiß nicht geleugnet werden soll. Aber stutzig wird man schon, wenn zwar allgemeiner Un-

willen über das Verhalten bestimmter Reporter beim Eindringen in ein Sterbezimmer in Genf herrscht, von einem Absinken der Auflagenhöhe dieses Blattes jedoch nichts zu hören ist.

Politische Ethik kann heute weniger denn je eine Auflistung von Handlungsanweisungen sein. Sie ist nur dann wirkende Kraft, wenn sie von bestimmten Voraussetzungen ausgeht: von dem Wissen um die Gebrochenheit und Vorläufigkeit unseres Tuns, von dem Wissen

um den Wert menschlicher Würde und menschlichen Lebens, von dem Wissen um die Notwendigkeit einer in ihren Grundlagen unbezweifelbaren Ordnung, und die uns ständig mahnt, das Ende, also die langfristigen Folgen unseres Handelns zu bedenken. Auch dann wird das Ergebnis nicht die bessere oder gar vollkommene Welt sein; aber diese vollkommene Welt zu wollen oder für erreichbar zu halten, bedeutet das Ende aller politischen Ethik.

## Christliche Verantwortung in Programm und Praxis

Dr. Werner Dollinger

**Die bedauerlichen Ereignisse in Schleswig-Holstein haben nicht nur die CDU/CSU, sondern alle Parteien und besonders die Öffentlichkeit erschüttert und viele Fragen aufgeworfen. Aufklärung ist dringend notwendig, um das Vertrauen in die Politiker und deren Politik wieder herzustellen. Dazu gehört Mut und Ehrlichkeit.**

Christen wissen, daß Menschen niemals ohne Irrtümer und Fehler sind; dort, wo diese gemacht werden, müssen sie auch rasch und vollständig eingestanden werden. Niemand sollte bei bedauerlichen Vorfällen Schadenfreude haben.

Wir alle müssen aus Fehlentwicklungen lernen und alles tun, um auf gutem ehrlichen Wege zu bleiben. Die Macht im demokratischen Staat darf man nicht um jeden Preis anstreben oder behalten wollen!

Wir wissen aus der Weimarer Zeit und von den Jahren des Nationalsozialismus, welchen Gefahren Politiker und in der Folgerung das Volk durch verantwortungslose Politiker ausgesetzt sind. Es muß jedem klar sein, daß wir, unabhängig von der Staatsform, immer wieder mit menschlichem Versagen zu rechnen haben. Es ist die Stärke des demokratischen Staates, daß das Fehlverhalten von Politikern früher oder später zu Tage tritt. Dies ist gut!

Schließlich waren es die Erfahrungen unserer Geschichte bis 1945, daß die Politik eine geistig-

geistliche Grundlage braucht. Deshalb hatte auch das „C“ nach 1945 eine anziehende Kraft. Dies wurde auch deutlich, wenn man z. B. nach dem Krieg die hohen kirchlichen Feiertage auf den Titelseiten vieler Tageszeitungen würdigte. Das werbende „C“ wird heute von manchen als Erblast empfunden. Für die Beachtung und Durchsetzung des Christlichen in der politischen Arbeit gibt es aber bei den Christen in der Union Probleme. Der katholische Mitchrist in der Union bekommt häufig in politischen Fragen durch die Hierarchie seiner Kirche und durch das Lehramt klare Auskünfte (Enzykliken, Hirtenbriefe). Die Protestanten in der Union haben hier eine wesentlich schwierigere Position. Lutheraner denken oft anders als Reformierte oder gar Calvinisten, und die EKD ist nur eine Art Dachverband der 17 Landeskirchen. Wenn ich die EKD mit einer staatspolitischen Organisation vergleiche, dann wäre sie kein Bundesstaat, sondern höchstens ein Staatenbund.

Manche Auseinandersetzung der Kirchen und der Bekenntnisse sind Katholiken und nicht kirchlich Orientierten unverständlich, weil sie Bekenntnisse und Organisation des Protestantismus nicht oder zu wenig kennen. Die Synoden der protestantischen Kirchen tagen regelmäßig in aller Öffentlichkeit, und die verschiedenen Auffassungen und Spannungen werden dabei ganz klar. Allerdings wird leider in der

Berichterstattung der politische Teil der Synode viel breiter behandelt als die spezifisch kirchlichen Beratungspunkte. Diese Vielfalt erleichtert zeitweise das Verhältnis für evangelische Politiker in der Union nicht. All dies jedoch muß die Union berücksichtigen, damit Konflikte unter den Mitgliedern oder mit den Kirchen nach Möglichkeit vermieden werden. Hinzu kommt, und das sollte nicht übersehen werden, daß es eine christliche Partei nicht gibt – nach 1945 wurde dies zum Teil anders gesehen – und die Union als Volkspartei eine Spannweite über die aktiven Christen hinaus gewonnen hat. Sehr deutlich wird die Folgerung bei der Diskussion um den § 218.

Hier haben die Kirchen durchwegs eine klare Meinung – wobei es gewisse Unterschiede zwischen der katholischen und evangelischen Kirche gibt – in der Bevölkerung und zum Teil in kirchlichen Gruppen sind aber die Meinungen

### Aus dem Inhalt:

<b>Zu Fuß nach Jerusalem</b>	1
<b>Anmerkungen zur politischen Ethik</b>	3
<b>Christliche Verantwortung in Programm und Praxis</b>	5
<b>Sicherheit durch Abschreckung – Herausforderung für Christen</b>	8
<b>Frieden als persönliche Aufgabe</b>	10
<b>Aus unserer Arbeit</b>	11
<b>Leserbriefe</b>	14

sehr geteilt. Der süddeutsche Raum denkt hier strenger als der norddeutsche. Eine Partei, die das Christliche bei § 218 in den Vordergrund rückt, kommt mit Mitgliedern und Anhängern als Volkspartei in Spannungen. Was den einen zu viel ist, ist den anderen zu wenig. Als Folge zeigt sich zum Beispiel die Bildung einer Gruppe, auch mit Mitgliedern der Union, die hier eindeutige Beschlüsse fordern. Der Sachkundige weiß, daß es zur Zeit jedoch keine parlamentarische Mehrheit gibt. Hier hat die Volkskirche mit Gläubigen ähnliche Probleme wie die Volkspartei. Aus dieser Situation heraus wird klar, daß das Christliche in der Union entscheidend vom Individuum abhängt oder anders ausgedrückt von der persönlichen Einstellung des Christen. Der Christ als Glied seiner Kirche und als bewußter Staatsbürger ist gefordert, seine Überzeugung nicht nur im persönlichen Bereich, sondern auch in der Öffentlichkeit und in der Politik zur Geltung zu bringen. Sein Ziel muß sein, die christliche Überzeugung, die christliche Verantwortung in Programm und Praxis der Union wirksam werden zu lassen.

Die Haltung der Kirche zu Politik und Partei darf nicht übersehen werden. Die EKD-Denkschrift zum Demokratieverständnis hat hier klar festgestellt:

1. „Die Kirche hat gegenüber dem Staat und anderen Institutionen die Aufgabe, in Grundfragen des Gemeinwesens ihre Stimme zu erheben, Orientierung zu geben und den politischen Prozeß kritisch zu begleiten.“
2. „Die Kirche hat nicht die Funktion, dem einzelnen Christen die Entscheidung, die er als Bürger zu treffen hat, abzunehmen. Es ist jedoch ihre Aufgabe, bei der Meinungs- und Urteilsbildung zu helfen. Dabei kann sie keine andere Autorität in Anspruch nehmen als die Überzeugungskraft ihrer Sachargumente und gemäß ihrer Tradition: Gründe aus Schrift und Bekenntnis.“

### Politische Praxis

Diese Aufgabendarstellung und die Grenzen müssen auch vom Politiker und von der Partei gesehen werden. Unter Berücksichtigung



**Dr. Werner Dollinger, MdB, Stellvertreter der EAK-Bundesvorsitzender**

dieser Fakten muß politische Arbeit getan werden. Einige Beispiele sollen dies deutlich machen. Der Ruf nach Gerechtigkeit gehört zum Alltag. Auch bei der Steuerreform, die jetzt so heftig diskutiert wird, wird dies verlangt. Die einen sagen schon lange, die Steuern müssen gesenkt werden, weil die Leistung bestraft wird und dies letzten Endes die gesamtwirtschaftliche Entwicklung schädigt, denn die Aktivitäten lassen nach. Andere reklamieren, daß die geplante Steuer-senkung die Bezieher großer Einkommen zu sehr entlastet, und dies wäre ungerecht. Gedanken über die Verwendung des Einkommens, ob für den Konsum, für das Sparen, für die Investitionen und damit auch für Arbeitsplätze werden dabei kaum diskutiert. Auch das Thema: Was braucht der Staat, steckt in dieser Diskussion. Was bei der Steuergesetzgebung als gerecht betrachtet wird, hängt also sehr von der Bewertung des einzelnen ab und von seiner Auffassung: Was braucht der Staat, und was braucht er nicht; oder überspitzt ausgedrückt: Wollen wir einen reichen Staat und einen armen Bürger oder die Umkehrung?

Hier berührt sich das „C“ mit dem „S“, das Christliche mit dem Sozialen. Leider setzen heute viele Mitbürger christlich und sozial gleich und vergessen, daß das Christentum die Botschaft von Jesus Christus, dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn ist. Kurz ausgedrückt: das Christentum zum Heil und die Politik zum Wohl der Menschen. Sozialpolitik bringt Hilfe und Sicherheit für kranke, arbeitsunfähige

und alte Menschen. Sie wurde nach dem Krieg besonders entwickelt. Ich erwähne Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich und dynamische Rente. Auch die Hilfe für die leider immer noch zu hohe Zahl der Arbeitslosen gehört hierher. Familienpolitik und Maßnahmen für Behinderte sind auch Aufgaben für die Gemeinschaft und erfordern steigende Ausgaben.

Man hört dann und wann aus dem kirchlichen Bereich, daß die Sozialpolitik leichter finanziert und verbessert werden könnte, wenn die Rüstung nicht soviel Geld verbrauchen würde. Die innenpolitischen Kämpfe um die Aufstellung von Streitkräften und Rüstung sind uns allen in Erinnerung. Die Debatte kommt auch heute immer wieder. Ich bin der Auffassung, daß der Rüstungsgleichstand bisher den Frieden gesichert hat. Als die Nachrüstungsdebatte vor einigen Jahren bei uns geführt wurde, befürchteten viele, daß damit der Weg zur Abrüstung verbaut würde. Heute können wir mit Befriedigung feststellen – und dies ist meine Überzeugung –, daß durch die damaligen Beschlüsse nun tatsächlich die Abrüstung in Gang gekommen ist.

Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit den zu erwartenden Ergebnissen ein Anfang sind. Unser Ziel muß weiterhin sein: Abrüstung bei Erhaltung unserer Sicherheit, also Frieden in Freiheit.

Es gehört zur politischen Verantwortung, auch unpopuläre Dinge zu beschließen und zu vertreten. Diese politische Verantwortung verlangt auch, die legitime persönliche Macht zu nutzen. Der demokratische Staat ist ohne die verfassungsmäßig gegebene und genutzte Macht früher oder später zum Untergang verurteilt, weil die Freiheit letzten Endes keine Grenzen mehr kennt, d. h. mißbraucht werden kann. Staatliche Ordnung ist aber notwendig im Interesse eines guten Zusammenlebens der Menschen. Das Gebot der Liebe verlangt es nach meiner Meinung, daß der Staat hier seine Pflichten erfüllt, um den Schwachen vor dem Gewalttätigen zu sichern.

Auch die sogenannten Randgruppen einschließlich Ausländer und Asylanten müssen hier einbezogen werden. Der Zeitgeist und

Anpassung an ihn verdrängen zeitweise christliche Gebote. Wie oft hat man sich bei diesen Themen ereifert. Dabei hatte ich häufig den Eindruck, daß nach dem Menschenbild nicht gefragt wurde. Nach dem christlichen Menschenbild ist jeder Mensch unvollkommen, und seine Schwächen sind Ursachen von Konflikten. Das christliche Menschenbild sollte uns vor Illusionen bewahren. Nur wenn man ohne Illusion ist, hat man die Chance, politisch richtig zu entscheiden.

Die „C“-Parteien wurden in den letzten Jahren besonders auch wegen Gefährdung der Schöpfung attackiert. „Macht Euch die Erde untertan“ kann nicht heißen: Zerstörung der Schöpfung. Eingriffe in die Natur dürfen aber nicht deshalb unterlassen werden, weil man Angst vor dem Zeitgeist hat. Eine Umgehungsstraße ist sicher ein Eingriff in die Natur, aber oft letzten Endes zwingend notwendig zum Wohle der Menschen in den Dörfern und Städten. Verantwortung für die Schöpfung heißt also, nicht nur an Natur und Tiere, sondern auch an Menschen zu denken.

#### **Das mahnende „C“**

Was macht die Union mit dem „C“? Das „C“ ist für die Union eine große Aufgabe und eine wichtige Verpflichtung. Der verantwortungsbewußte Christ muß sich mit politischen Fragen beschäftigen. Ich habe leider den Eindruck gewonnen, daß sich hier vieles gewandelt hat. Nach dem Krieg kannte ich viele Synodale, die auch in die politische Arbeit gegangen sind. Heute muß ich beklagen, daß bewußte Christen politische Aktivitäten immer mehr abgebaut haben, ja sogar meiden. Die Union fordert mit dem „C“ bewußte Christen zur Mitarbeit auf. Sicher ist die politische Tätigkeit nicht angenehm. Sie ist oft sehr schwierig und bleibt von Anfang bis Ende mit Risiken verbunden. Die Bibel ist auch kein Rezeptbuch, das für Fragen der Politik eine Antwort gibt. Ich weiß auch, daß der Streit zwischen Parteien und in den Parteien für viele bewußte Christen abstoßend wirkt. Manche Auseinandersetzung im Parlament und in der Öffentlichkeit hat mir, auch wenn ich persönlich nicht beteiligt war, mündlich und schriftlich die Frage gebracht, ob Christen so miteinander umgehen dürfen. Christliches Ver-

halten verlangt, daß die Würde des Andersdenkenden geachtet wird. Polemik und persönliche Attacken dürfen nicht Argumente ersetzen.

Die Verwirklichung und Beachtung christlicher Gebote in der Politik der Union hängt entscheidend davon ab, wieviel bewußte Christen in der Union tätig sind und welchen Einfluß sie haben. Dabei ist es sehr wichtig, daß die CDU/CSU tatsächlich eine Partei bewußter Christen beider Konfessionen bleibt. Dies darf keine Floskel sein, sondern muß sich auch in Mitgliedschaft und öffentlichen Positionen verdeutlichen. Ohne die Zusammenarbeit von Christen beider Konfessionen in der Union wird diese auf die Dauer keine Chancen haben, die stärkste Partei zu bleiben oder gar Mehrheiten zu haben. Die politische Landschaft würde sich sehr verändern.

Das Vertrauen zur Union und zu ihren Politikern hängt aber entscheidend davon ab, daß sie glaubwürdig sind. Es hat keinen Sinn, in der Kirche, im christlichen Gemeindeleben und in der Öffentlichkeit das Gebot der Liebe und die Verpflichtung der Verantwortung für den Nächsten zu proklamieren, dann aber dies zu vergessen, indem man sich politisch gar nicht betätigt, im wesentlichen eigene Interessen vertritt oder bei der praktischen Arbeit Grundsätze, Ethik und Moral übersieht. Auch Ehe und Familie dürfen nicht nur durch Worte dargestellt werden, sondern müssen treu und ehrlich gelebt werden. Die christlichen Gebote müssen wieder ernst genommen werden. Mißachtung und Abbau christlicher Gebote und Grundsätze haben schon viel im Alltag für Einzelne bzw. für die Gesamtheit nachteilig verändert. Die Kirche und die Politik sind hier gefordert.

Die Union hat bei allen Leistungen der Vergangenheit nur dann eine gute Zukunft, wenn sie nicht nur das „C“ im Namen führt, sondern auch bewußte Christen in ihren Reihen hat, die versuchen, das politische Leben mit dem christlichen Geist zu erfüllen, und dabei sich bemühen, selbst ein Vorbild zu geben, auch durch mutige, klare, ehrliche Entscheidungen. Wenn hier Christen versagen, ist es zum Schaden der Union und auch zum Schaden der Kirche.

## **Aufruf zur 29. Aktion »Brot für die Welt«**

Weltweit ist das Leben vieler Geschöpfe Gottes bedroht. Unsere Erde bleibt von Katastrophen geschüttelt. Doch wenn Menschen in Gefahr und Not zusammenstehen, dann erfahren sie, daß nicht jedes Elend ohne Hilfe erduldet und nicht jede Ungerechtigkeit ohne Beistand erlitten werden muß. Christen wollen Leben schützen und bewahren.

### **Dafür arbeitet heute Brot für die Welt.**

Hunger hat viele Gesichter. In Süd und Nord, in Ost und West. Jeder, der Menschenantlitz trägt, kennt die vielfältigen Gefährdungen des Lebens, die durch eigene Anstrengungen allein nicht abgewendet werden können. Leben zu erhalten (Lk. 6,9) ist das Gebot unseres Schöpfers. Gott will, daß allen Menschen geholfen wird. Jesus, der sich uns als Brot des Lebens schenkt, erwartet, daß wir miteinander teilen – das Brot und den Glauben.

### **Dafür steht heute Brot für die Welt.**

Auch im letzten Jahr konnten wir vielen Menschen in allen Kontinenten in mancherlei Not und Elend helfen. Viele Spender in unserem Land haben es mit ihrem persönlichen Opfer ermöglicht.

### **Dafür dankt heute Brot für die Welt.**

In der Nachfolge Jesu sind wir Glieder einer völkerumspannenden Gemeinde. Wir stehen den Ärmsten in Übersee bei, damit sie ihre Ernährungs- und Lebenssituation verbessern können. Wir haben gelernt, ihnen als gleichberechtigten Partnern zu begegnen. Miteinander lernen wir, diese Welt gemeinsam zu bewohnen.

### **Dafür handelt heute Brot für die Welt.**

Dem Unfrieden, der Ungerechtigkeit und der Zerstörung der Schöpfung soll wirksam begegnet werden. Die Ärmsten der Armen brauchen menschenwürdige Lebensbedingungen. Um ihr Überleben zu ermöglichen und ihre Menschenrechte zu sichern, müssen viele Kräfte und Gruppen sich verbünden. Helfen Sie uns auch in diesem Jahr mit Gaben und Gebeten, daß wir unsere weltweite Diakonie fortführen und ausbauen können.

### **Darum bittet heute Brot für die Welt. Postgiro Köln 5 005 00-500**

# Sicherheit durch Abschreckung – Herausforderung für Christen

Gordon M. F. Lueckel

Politisch-zeitgeschichtliche Beobachtung der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg läßt eines offenkundig werden: Die Bereitschaft, den ideologischen, systemimmanenten Ost-West-Konflikt zu einem militärischen Ost-West-Konflikt werden zu lassen, hat konstant nachgelassen. Verschiedene, sicherheitspolitische Konstellationen waren während dieser Zeit – einer Zeit in der Nuklearwaffenpotentiale aufgebaut wurden – zu beobachten: Es gibt politische Anlässe zu militärischen Handlungen im Ost-West-Konflikt, wie die Kuba-Krise. Ebenso waren die Vereinigten Staaten lange Zeit in einer nuklearen Vormachtsposition im Verhältnis zur UdSSR. Auch waren verachtende Menschenrechtsverletzungen und Eingriffe in die Souveränität von Staaten Teil der Nachkriegsgeschichte im Zentrum Europas und in Reichweite großmächtiger Nuklearpotentiale. Trotz aller dieser Risiken – ich möchte sie als politisch-nukleare Versuchungen bezeichnen – ist es nicht, wie in unzähligen Fällen, zur Katastrophe, zum Desaster der Humanität gekommen.

Mag man diesen Zustand nun als Frieden oder als pure Abwesenheit von Krieg, „Nichtkrieg“ bezeichnen: Die Tatsache, daß zwischen den beiden größten Machtblöcken dieser Welt kein einziger Schuß gefallen ist, bedarf gerade angesichts gegenwärtigen Diskurses über Rüstungsbegrenzung ihrer bewußten Hervorstreichung.

## Folgeschwere Risikobereitschaft

Das sicherheitspolitische Konzept, die grundlegende Rahmenbedingung, die diesen Zustand garantiert hat, ist die sogenannte „Abschreckung“. Mittels großer waffentechnischer Zerstörungskapazitäten, mit deren Einsatz bei einem möglichen Angriff der Gegenseite gedroht wird, soll jegliche Aggres-

sion abgeschreckt werden. Die Folgen dieser Militärdoktrin sind bekannt. Gigantische Waffenarsenale, vor allem nukleare Waffen, sind disloziert worden, enorme Summen Geldes wurden und werden dafür täglich ausgegeben.

Natürlich war und ist dieser Zusammenhang in allen erdenklichen Kreisen der Bevölkerung diskutiert worden. Schließlich ist es nur schwer nachvollziehbar, daß atomare Rüstung in Kombination mit konventionellen Systemelementen und Einsatzandrohung Frieden „sichert“. Wer kann – „prima vista“ – Tötungsinstrumente von unvorstellbarer, destruktiver Energie als Friedensgaranten gedanklich erfassen?

Die emotionale Schwelle, die es für uns so diffizil macht, eine Milliardenrüstung im Zeichen der Abschreckung eines potentiellen Angreifers zu denken, ist hoch. Es ist diese emotionale Schwelle, diese Kluft zwischen gefühlsmäßiger Abneigung gegen eminente Bewaffnung und der beobachtbaren Realität eines gesicherten Friedens – mit allen seinen definitiven Problemen –, die die Friedensbewegung, Grüne, aber auch Soldaten und Kirchen das Wort ergreifen läßt. Ein strategisches Konzept, welches den Einsatz von Massenvernichtungswaffen einkalkuliert, könne ethisch nicht getragen werden.

Es ist gefühlsmäßig leicht verständlich, daß Menschen lieber ohne Waffen in einem Staatswesen leben würden. Das Idealbild einer friedvollen Weltordnung liegt dem zugrunde. Wir leben aber an einer ideologischen Kluft zweifelhafter Einzigartigkeit. Der Ost-West-Konflikt in aller seiner latenten Gefährlichkeit hat insbesondere für Deutschlands Sicherheit definitiven Charakter. Dieser Problematik sind sich auch die beiden Volkskirchen bewußt: Auf katholischer, wie auf protestantischer Seite wird das Abschreckungskonzept als gerade „noch“ vertretbar bezeichnet.

*„Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung – natürlich nicht als Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung – noch für moralisch annehmbar gehalten werden“ (Papst Johannes Paul II., 7. Juni 1982).*

*In der Denkschrift der evangelischen Kirche in Deutschland „Frieden wahren, fördern und erneuern“ (Oktober 1981) heißt es, daß „die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise“ zu verstehen ist.*

Das Abschreckungskonzept gilt also als so lange ethisch vertretbar – so schließe ich –, bis die langersehnte Abrüstung zustande kommt. In den Friedensthesen vom Düsseldorfer Kirchentag der Evangelischen Kirche im Jahre 1985 heißt es abweichend davon:

*„Abschreckung im atomaren Zeitalter droht zur endgültigen Vernichtung der Schöpfung zu führen. Das verlangt eine eindeutige Absage an Geist, Logik und Praxis des Abschreckungssystems und an das darin verborgene Streben nach Überlegenheit zwecks Führbarkeit und Gewinnbarkeit von Kriegen sowie ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen.“*

Die „Internationale Katholische Friedensbewegung PAX CHRISTI“ meint, daß

*„... der gegenwärtigen Sicherheitspolitik, die den Einsatz von Massenvernichtungswaffen einkalkuliert, die ethische Legitimation entzogen ...“ werden müsse.*



Die fundamentale Ablehnung im Rahmen ihres ethisch-religiös recht absoluten Engagements überzeugt sicherheitspolitisch-verantwortlich kaum. Einseitige Abrüstung, eine der gedanklichen Folgen der genannten Zitate – und ähnliche Maßnahmen – beinhalten schwierige Risiken. Die Diskussion über die bundesdeutsche Haltung im Abrüstungsdialog, der schlußendlich ein Dialog über das Abschreckungskonzept ist, macht die komplexe Lage deutlich: Abrüstung muß durchdacht sein. Abschreckung darf vorerst nicht an Glaubwürdigkeit verlieren. Für Deutschland bedeutet der Verzicht auf große Teile des Mittelstreckenpotentials einen Verzicht auf die vollständige Durchhaltung ihrer strategischen Doktrin, des „Flexible-Response“-Konzepts mit der strategischen Triade der Kräfte.

Natürlich: Abrüstung bedeutet Verzicht. Aber – so muß unmittelbar gefragt werden – auf wieviel Abschreckungspotential können wir verzichten, ohne unglaublich und damit potentiell angreifbar, weil weniger verteidigungsfähig, zu werden? Abrüstung bedarf der vorsichtigen Kalkulation der möglichen Offensivität potentieller Gegner. Diese Bewertung fällt in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sehr unterschiedlich aus. Wer aber sowjetische Friedensliebe als Ausgangsbasis seiner Überlegungen wählt, muß auch jahrzehntelanges Aufrüsten von Offensivkapazitäten oder den Einmarsch in Afghanistan als unübersehbare Kritik seines Argumentationsansatzes gelten lassen. Dabei muß auch der ausgesprochen offensive Charakter der Potentiale des Warschauer Paktes – insbesondere Truppen und Panzer in direkter Nähe zur bundesdeutschen Grenze – gesehen werden.

Vertrauensvorschüsse, wie sie für eine einseitige Abrüstung zum Beispiel notwendig wären, sind aufgrund dieser Tatsachen nur schwer zu verantworten. Diese Vertrauensvorschüsse würden eine staatliche Sicherheitspolitik überfordern, weil sie ein – machtpolitisch gesehen – irreales Menschenbild des umfassenden gegenseitigen Vertrauens und der beiderseitig freundlichen Gesinnung ohne konkrete, politisch-beobachtbare Anhaltspunkte

zugrunde legen würde. Politische Entscheidungsträger sind damit eindeutig überfordert. Glückt ein solcher Akt der Investition von Vertrauen mit positiven politischen Ergebnissen als Folge, so wäre dies ein überwältigender Fortschritt in der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses. Kommt es aber zur Krise, so sind unübersehbar schreckliche Folgen nicht auszuschließen.

Dennoch: Jeder will Abrüstung. Kaum ein westlicher Politiker wird den Abrüstungsgedanken ablehnen. Die Risikobereitschaft ist dabei allerdings verschieden. Während manche die Umstellung des gesamten Verteidigungskonzeptes fordern, sind andere nur zu bedingten Abrüstungsschritten mit sorgfältig konzipierten Übergangszeiten bereit. Es ist daher unfair, mit ethisch-moralischen Argumenten gegen Politiker vorzugehen, denen man durchweg Friedensliebe unterstellen kann.

### **Konfliktpotentiale vermindern**

Für die Volkskirchen bedeuten die jüngsten Abrüstungsansätze eine langerhoffte Gelegenheit, ihre halbherzige Abschreckungslegitimierung eilig – wenn auch nur halb-offiziell – in beinahe jubelnde Abrüstungsbefürwortung einzulösen. Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik verlangt aber nicht nach Hochgeschwindigkeitsentscheidungen, sondern nach kritischem Augenmaß. Die förmliche Begeisterung von Kirchenvertretern ist natürlich verständlich. Sie hoffen auf verantwortbare, einschneidende Verbesserungen, auch im Sinne einer Optimierung zwischenstaatlichen Zusammenlebens. Die Grundlage all dieser Überlegungen indes, die Abrüstungsbereitschaft des Warschauer Paktes allein aber verändert das Konfliktmuster zwischen Ost und West nur unwesentlich. Man kuriert wieder an Symptomen, nicht an den Krankheitsherden. Es sind nicht so sehr die atomaren Waffenpotentiale, die uns gefährden, als die potentielle, im Systemgegensatz beinhaltete, Bereitschaft, sie einzusetzen.

Das Wissen um die atomaren Waffen wird nicht mehr verlorengehen. Selbst eine komplette doppelte Null-Lösung, d. h., eine voll-

ständige Abschaffung der Atomwaffen wird das Risiko einer unerlaubten Wiederkonstruktion dieser Waffe nicht verhindern können.

Diese beiden Tatsachen mögen zusammengenommen defätistisch wirken, beschreiben aber im Grunde indirekt die sicherheitspolitischen Ansätze einer Politik, welche konfliktursachenbekämpfend einsetzt. Konfliktpotentiale zwischen den beiden Blöcken gilt es zu mindern. Die Gründe und Anlässe für einen Krieg müssen erkannt und bekämpft werden. Die Verminderung der Waffenpotentiale ist dann die logische Folge des mit dem ersten Prozeß einhergehenden, gegenseitigen Vertrauensgewinns.

Aber: Eine zu hektische Ost-West-Interaktion im Zeichen der Verständigung und später Abrüstung läßt uns Gefahr laufen, daß wir ein – wenn auch schwierig zu verstehendes – Konzept der Gemeinwesenversicherung vor Aggression, die Abschreckungsstrategie, zu achtlos und zu wenig überlegt aufgeben lassen. Das dürfen wir uns nicht erlauben. Das momentane Konzept bietet uns zwar keine vollkommene Sicherheit, aber bedeutet weit mehr als Unsicherheit. Mit Vertrauensvorschüssen, wie sie einseitige Vorleistungen enthalten, begeben wir uns aber in Unsicherheiten, die unser Abschreckungskonzept schwächen.

Die sofortige Abschaffung oder völlige Veränderung – auch dies sind zu hörende Forderungen – unseres Sicherheitskonzeptes ist politisch nicht verantwortbar. Aber nicht nur das. Sie ist – so empfinde ich es – auch aus der Sicht eines Christen nicht vertretbar. Gelebtes Christentum fordert Verantwortung von uns und nicht das Auf's-Spielen unserer Existenz. Etwas anderes würde es schließlich nicht bedeuten, unkalkulierbare Risiken im Ost-West-Dialog zu wagen. Auch wenn sich der einzelne zu einem solchen Experiment aufgrund seiner Überzeugung veranlaßt sieht, so – auch dies ein Teil gelebten Christentums – kann er das nicht in Mitverantwortung für seinen Nächsten entscheiden. Oder etwa doch? Die Rigorosität und der Absolutheitsanspruch mancher Gruppierungen in diesem Felde macht diesen Grundsatz beinahe – ich sage leider – immer wieder vergessen. Christliches Leben bedeutet nicht nur für seine Ideale einzu-

treten, sondern auch Rücksicht auf andere Vorstellungen vom richtigen zu beschreitenden Weg zu nehmen.

Die Aufgabe der Kirchen liegt hier: Es gilt mehr zu vermitteln und zum Dialog aufzurufen, als Festlegungen von nur sehr überschaubarer Absolutheit zu treffen. Keiner hat das vollkommene sicherheitspolitische Konzept. Sicherheitspolitik wird immer kompromißbehaftet sein. Eine Verhärtung der Fronten ist bei der Lösung der Fragen – wie meist – kontraproduktiv. Christen befinden sich bei Fragen der Abschreckung im Zwiespalt. In aller Ruhe und Überlegenheit gilt es Brücken zu bauen, neue realistisch-verantwortliche Konzepte zu erstellen.

### Kritik mit wenig Kreativität

Die Energie, welche in die Ablehnung von bestehenden, funktionierenden Konzepten investiert wird, könnte mit größerem Gewinn in die Erstellung besserer Systemlösungen

gesteckt werden. Nur: Diese neuen Systemkonzepte unserer Sicherheit müssen gravierende Bedingungen erfüllen: Kriegsrisiken müssen mit ihnen gesenkt werden, Übergangszeiten von dem alten zum neuen Konzept gefahrlos überstehbar sein, und sie müssen glaubwürdig sein.

Hierbei spielen die Kirchen eine wichtige friedensstiftende Rolle: Sie müssen nicht allein Argumentationshilfen gegen die Ethik und generelle Vertretbarkeit bestehender Abschreckung bereitstellen, sondern zum Prozeß produktiver Neugier und kreativer Konzeptionalisierung von realistischen Sicherungsoptionen mit allen Kräften beitragen. Dann erfüllen sie ihren Auftrag, schöpferische Energie und friedensstiftende Verve zu entwickeln mit noch größerer Bedeutung für unsere Gesellschaft als bisher.

Experimente mit unserer Sicherheit dürfen wir uns nie erlauben. Das Risiko ist gewaltig, denn im Krieg gibt es keinen Mittelweg.

Wenn er einmal ausgebrochen ist, dann schlägt er mit aller Gewalt los. Krieg ist unmoralisch. Das Abschreckungskonzept hat ihn verhindert. Die Suboptimalität dieses Systems ist unumstritten, die Ethik und Moral nur begrenzt als Maßstab zu setzen. Daher haben wir keine Zeit für Mutlosigkeit oder destruktiven Protest. Bei der Verwirklichung konstruktiver Anmahnung spielen die Kirchen eine ernstzunehmende Rolle. Ethische und moralische, aber vor allem Maßstäbe des Christentums müssen Maße der Gestaltung und nicht der kritischen Destruktion sein.

**Gordon M. F. Lueckel**, geb. 1964 in New York, US-Bürger, lebt seit seiner Kindheit in der Bundesrepublik Deutschland, studiert Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaften an der Universität zu Köln. Publikationen: „Hat das noch Wert? Gespräche über Tugenden und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland.“ Kerpen (in Vorbereitung).

„Die nächste Dimension“ – Beitrag zu einer Anthologie mit dem Titel „Wege erkunden – Ziele finden“, Frankfurt 1987.

# Frieden als persönliche Aufgabe

Georg Gölder

»Frieden als meine persönliche politische Aufgabe«, das ist eine anspruchsvolle Zielsetzung. Als Christ muß man sich dieser Zielsetzung stellen. Ob man diesem Ziel aber immer gerecht wird, ist eine ganz andere Frage. Dies heißt zunächst einmal: Man muß mit dem politischen Gegner in einer zu verantwortenden Form umgehen. Das ist oft ein schmaler Grat: die politische Auseinandersetzung ist unumgänglich, dabei darf man auch vor deutlichen, gelegentlich scharfen Formulierungen nicht zurückschrecken, wo die deutliche Formulierung unverzichtbar ist (z. B. in der Auseinandersetzung um Frieden und Rechtsstaatlichkeit).

Aber das darf nicht zur persönlichen Verunglimpfung des politischen Gegners werden. Dies muß dazu führen, daß, wo immer geboten, auch dem politischen Gegner Respekt bekundet wird. Wenn einem dabei einmal Formulierungen herausrutschen, die man später bereut, sollte man dies offen eingestehen.

### Umgang mit Gruppen

Frieden als persönliche politische Aufgabe, das heißt, einen Beitrag zum Konsens in unserer Gesellschaft zu leisten. Beispielsweise bemühe ich mich als Kultusminister, Schule und Bildungspolitik so zu gestalten, daß Politik, Eltern, Lehrer und Schüler nicht auseinandergetrieben werden. Antworten auf Fragen der Schule müssen nach Möglichkeit in großer Übereinstimmung gefunden und umgesetzt werden. Politik, auch die Bildungspolitik, darf nicht leichtfertig polarisieren. Gerade in einer Gesellschaft, die von so unterschiedlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen gekennzeichnet ist, brauchen wir Konsens auf möglichst vielen Gebieten. Dies gilt auch für die Frage des Umgangs großer gesellschaftlicher Gruppierungen miteinander, wie der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften. Frieden als persönliche politische Aufgabe, das bedeu-

tet, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten einen Beitrag zu leisten, um Krieg und gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden. Über die Wege zu diesem Ziel müssen wir uns ggf. streiten – in der grundsätzlichen Zielsetzung darf es jedoch keinen Streit geben. Beitrag zum Frieden heißt gleichzeitig, die Freiheit für mich und die nachfolgenden Generationen sichern zu helfen. Frieden ist mehr als das Schweigen und die Reduzierung der Waffen. Frieden ist gleichzeitig Ausfluß des freiheitlichen Umgangs der Menschen miteinander, ist Frucht einer Gesellschaft, die sich um soziale Gerechtigkeit bemüht.

Der bedeutende Politikwissenschaftler, Schriftsteller und Publizist Dolf Sternberger hat mir in meinen Heidelberger Studienjahren beigebracht, Gegenstand und Ziel der Politik sei der Friede. Das ist die wichtigste Zielsetzung, in der sich Christen und Nichtchristen treffen können.

**Anmerkung:** Dr. Georg Gölder ist Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz

## Aus unserer Arbeit

### Keine Patentrezepte, aber das Notwendige tun

**Freiburg.** „Patentrezepte“ gebe es nicht, aber es gelte, das Notwendige zu tun. Mit diesen Worten stellte der Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Freiburg, **Ulrich Arnold**, die Nichtseßhaften-Arbeit seines Werkes in Freiburg vor. Die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge nicht zu übersehen und vor Ort konkret Hilfe zu leisten, waren dabei Leitlinien der Darstellung Arnolds, der auf Einladung des EAK der CDU sprach. Schwerpunktmäßig befaßte er sich mit der Arbeit im Haus „Wartburg“, einer ersten Anlaufstelle für Nichtseßhafte, das seit April diesen Jahres vom Diakonischen Werk betreut wird. Im Sommer hatte es dazu heftige Kontroversen gegeben.

Als gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und damit Hauptursachen für die Nichtseßhaftigkeit bezeichnete Arnold die Wohnraumproblematik und die Arbeitslosigkeit durch Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen ohne die Schaffung eines den persönlichen Leistungen der Betroffenen entsprechenden Ersatzes. Zur Wohnraumsituation in Freiburg erklärte Arnold, daß zwar keine Not herrsche, wohl aber ein Mangel an preisgünstigem Wohnraum. Die Zunahme von Räumungen führe dann zu Situationen, durch welche die Betroffenen sehr schnell in die Nichtseßhaftigkeit „hineinrutschen“. Als weitere Problematik stelle sich dann die Beziehungslosigkeit der Nichtseßhaften. Entschieden betonte Arnold den Anspruch auf Leistung und Rehabilitationshilfen der Alleinstehenden und Obdachlosen, wie er auch gesetzlich vorgeschrieben ist.

### Hoffnung, Mißtrauen, Nachdenklichkeit

**Mainz.** „Schritte auf dem Wege zur Verständigung mit den Nachbarn im Osten“, so lautete das Thema der Herbsttagung der Evangelischen Arbeitskreise der CDU Mainz und der CDU Mainz-Bingen. Der Mainzer EAK-Vorsitzende **Klaus Meynersen** konnte dabei mehr als 70 Teilnehmer begrüßen.

Superintendent **Balthasar von Bremen**, langjähriges Mitglied der EKD-Synode, hielt das theologische Hauptreferat. Darin bekannte er sich zur aktuellen Gültigkeit der unter dem Titel „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion (8 Thesen)“ veröffentlichten Schrift, an deren Formulierung die Arbeitsgemeinschaft Solidarische

Kirche Westfalen und Lippe maßgeblich beteiligt war. Kernpunkte ihrer Überlegungen sind die Forderungen nach einem Schulbekenntnis der Deutschen gegenüber den Völkern der Sowjetunion und nach einer Abkehr vom Antikommunismus. Die Kirche setze dabei auf Glaube, Liebe, Hoffnung sowie Predigt und Gebet: „Wenn die Menschen in der Sowjetunion uns Deutschen so liebenswert geworden sind, daß wir es für unmöglich halten, gegen sie zu kämpfen, und wenn auf der anderen Seite die gleiche Sympathie für uns Deutsche sich ausbreitet, dann haben die kirchlichen Versöhnungsbemühungen ihr Ziel erreicht.“ Kritikern der acht Thesen hielt von Bremen entgegen: „Ich meine, daß wir diejenigen, die den Namen Christi nicht hören wollen, von Gottes Ruf zur Versöhnung nicht ausschließen können.“ Zwar werde eine Vergebung im Namen Christi mit ihnen nicht zustande kommen, „vielleicht aber doch ein Neuanfang mit dem Willen zum Frieden und eine Vernarbung alter Schuld.“ Ob dies ein politischer Weg zur Annäherung sein kann, blieb unter Hinweisen auf Afghanistan und die Unmöglichkeit eines freien Dialogs mit dem einzelnen höchst umstritten.

Der ehemalige Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt und frühere deutsche Botschafter in den USA, Staatssekretär **Berndt von Staden** gab in seiner historisch-politischen Analyse eine durchaus optimistische Vorhersage der künftigen Beziehungen zwischen Ost und West. „Gorbatschow will sein Land modernisieren.“ Dazu braucht er „ungeheure Geldmittel.“ Durch Abrüstungsverhandlungen müsse er daher vom gegenwärtigen Verteidigungshaushalt von 14 bis 16 Prozent des Brutto-sozialproduktes „dringend herunter.“ Anders könnten die eingeleiteten Verbesserungen der Infrastruktur nicht fortgesetzt werden. „Wir haben daher eine gute Chance, 20 bis 25 Jahre Ruhe zu haben und kooperieren zu können.“

In einer Podiums- und Plenardiskussion wurden praktische Konsequenzen aus dem Verständigungsauftrag skizziert. Die bestehenden kirchlichen, kommunalen und regionalen Partnerschaften zur besseren Zusammenarbeit mit dem Osten zu nutzen, forderte der Vorsitzende der Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion in Rheinland-Pfalz und Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, der Mainzer Bürgermeister **Dr. Josef Hofmann**.

Der Vorsitzende des EAK Mainz, Fernsehjournalist **Klaus Meynersen**, regte an, die Verständigungsfähigkeit und -bereitschaft der Menschen durch neue Formen der Medienarbeit zu verbessern. Die ZDF-Fernsehbrücke Mainz-Leningrad nannte er einen „ermutigenden Anfang“, dem weitere Aktivitäten folgen müßten.

Als Ergebnis der Diskussion hielt **Dr. Günter Vogel**, Vorsitzender des EAK Mainz-Bingen, fest, daß Nachdenklichkeit geweckt wurde und der Bedarf an Informationen weiter gewachsen ist. Nicht nur Hoffnung und Mißtrauen standen am Ende der Tagung, sondern auch die Bereitschaft, unternommene Gemeindekontakte fortzusetzen: „Wege zur Verständigung mit den Nachbarn im Osten müssen zu Fuß gegangen werden.“ Dekan Pfarrer **Karl-Ernst Neisel** beschloß den Tag mit einem Abendgebet.

### Albrecht Martin in Mayen

**Mayen.** Der CDU-Stadtverband hat einen Evangelischen Arbeitskreis gegründet. Zu ihrem Vorsitzenden wählten die Mitglieder des Arbeitskreises **Werner Knappe**, zu Stellvertretern Frau **Tauber** und **Paul Jürgen Boller**.

An der Gründungsversammlung nahm als Gast der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises in der CDU, Staatsminister **Albrecht Martin**, teil. Er betonte, dieser Arbeitskreis sei kein evangelischer Interessenverband in der Union, sondern wolle politische Probleme aus der Sicht des evangelischen Christen, der der CDU angehört oder ihr nahesteht, zur Sprache bringen. So heiße es in den Grundsätzen des Arbeitskreises, daß sich dort Christen sammeln, „die ihres Glaubens wegen einen Beitrag zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens leisten wollen und Verantwortung im kirchlichen und politischen Bereich zu übernehmen bereit sind“. Staatsminister Martin warnte davor, ein bestimmtes politisches Verhalten als unveränderbare Glaubenshaltung des Christen darzustellen. Die Politik in der Demokratie lebe davon, daß die Parteien unterschiedliche Argumente hätten, die sie mit dem Ziel austauschten, den anderen von deren Richtigkeit zu überzeugen, gleichzeitig aber auch bereit seien, hinter die eigenen Argumente Fragezeichen zu setzen. Wer Argumente und Standpunkte jedoch zu einer Glaubensfrage mache, breche jeden demokratischen Dialog ab, denn ein Meinungs-

austausch könne dann nicht mehr stattfinden, betonte Martin. Er bekräftigte, Politik dürfe nicht theologisiert und umgekehrt, Theologie nicht politisiert werden. Vor diesem Hintergrund, so der Minister abschließend, wolle der Evangelische Arbeitskreis ein Gesprächspartner zwischen Kirche und Politik sein, da andernfalls für beide – Kirche und Politik – wichtige Aspekte verloren gingen.

**„Kirche ist politisch,  
aber nicht parteipolitisch“**

**Nienburg.** Vor einem großen Auditorium begrüßte EAK-Vorsitzender **Gernot Pittius** als Referenten und Diskussionspartner den Präsidenten der Klosterkammer Hannover und EKD-Synodalen **Professor Dr. Axel von Campenhausen**.



**Bronzekrippe in Kenia**

Mit entschiedenen Aussagen zog der Gast aus der Landeshauptstadt eine klare Trennungslinie zwischen den Aufgaben der Kirche und den Pflichten der Parteien. „Wir brauchen Sachkenntnis, und wir müssen uns zusammenrudeln mit Menschen gleicher Überzeugung. Wir unterliegen einem permanenten Rechtfertigungszwang und sind vor Irrtümern nicht geschützt.“ Nach den Spielregeln der westlichen Staatsformen werde alle vier Jahre durch Wahlen entschieden, welche Politik die richtige ist. Die Kirche zeige dabei die ethische Leitlinie, indem sie die Grundfragen des Lebens beantwortet. „Sie ist aber nicht kompetent für die 35-Stunden-Woche oder die Verwendung der Kernenergie.“

Superintendent **Dr. Werner Monselewski** wandte sich gegen die vordergründige Pfarrerschelte. Er bedauerte, daß das Gespräch zwischen Kirche und Partei zu erliegen drohe. „Man muß auch der Kirche Pluralität zubilligen, obwohl wir alle darunter leiden.“

Professor von Campenhausen hielt solche Gespräche gerade seitens der CDU für unerläßlich. Ein Recht auf politisches Agieren im Talar stellte er aber strikt in Abrede. Das geistliche Amt dürfe der Pfarrer nicht den staatsbürgerlichen Möglichkeiten unterordnen.

Im weltanschaulich neutralen Staat müsse die Kirche die überzeitliche Botschaft verkünden. Sie dürfe aber ihre Autorität nicht durch Parteinahme im Streit der tagespolitischen Entscheidungen aufs Spiel setzen. Gerade auch im Gespräch mit der Kirche könne sich der Politiker immer wieder der Botschaft unseres Herrn bewußt werden und andererseits die Erfahrungen des politischen Alltags zu bedenken geben.

**Umwelt, Forschung und Technik**

**Münster.** Frau **Dr. Peus**, Europa-Abgeordnete, diskutierte in einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Münster unter Vorsitz von **Heinz Maßmann** über das Thema „Umwelt, Forschung und Technik in der EG“ unter dem besonderen Aspekt: Was tun wir, was will die EG, und wie sieht man uns in den Nachbarländern?

Da Frau Dr. Peus vor einem überwiegend gut informierten Publikum sprach, kam man schnell zur Sache. Es wurden fast alle Problembereiche angesprochen, die in der EG behandelt werden, wie EG-Forschungszentrum, Großfeuerungsanlage, Strahlenschutz, Luftverunreinigung, Trink-, Fluß- und Meerwasserbelastung, Abfallbeseitigung, Energiegewinnung ect. Ein kurzer Überblick über die Unterschiede in den politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen der Nachbarländer zeigte auf, wie schwer es ist, in der EG auf einen tragbaren Nenner zu kommen. Zum Beispiel haben wir beim Problem Reinhaltung der Luft die Nase weit vorn (was bei unseren Nachbarn zum Teil belächelt wird), beim Trinkwasser mußten wir einen Rüssel der EG einstecken, und bei der Raumfahrt ermahnte uns der französische Staatspräsident Mitterrand, mehr politischen Mut zu beweisen. Vielleicht sollte man zum gegenseitigen besseren Verständnis sich mehr mit unseren Freunden jenseits der Grenzen unterhalten, als sich nur für deren Badestrände, Kathedralen, Schlösser und Burgen zu interessieren.

**Gespräch mit  
Evangelischer Akademie**

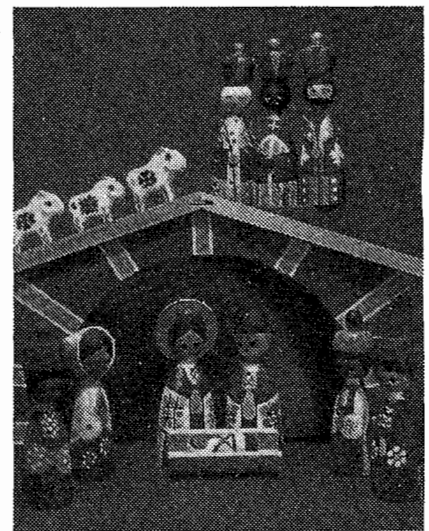
**Starnberg.** Der Kreisvorstand des Evangelischen Arbeitskreises hatte in Starnberg den Direktor der bekannten Evangelischen Akademie in Tutzing, Herrn **Pfarrer Röpke**, zu Gast. Herr

Pfarrer Röpke referierte über die geschichtliche Entwicklung und den organisatorischen Aufbau sowie über die Auswahl der Veranstaltungen und deren Durchführung in der Evangelischen Akademie. Durch dieses Gespräch konnte ein erster Schritt zur Vertiefung des Kontaktes der Evangelischen Akademie in Tutzing mit der regional am nächsten liegenden Gliederung des Evangelischen Arbeitskreises getan werden. Der EAK-Kreisvorsitzende, Rechtsanwalt **Picker**, betonte in seinem Dank an Pfarrer Röpke, daß der Evangelische Arbeitskreis sich nicht nur um die weitere Pflege des guten Kontaktes zur Evangelischen Landeskirche, sondern auch zu der nahegelegenen Evangelischen Akademie in Tutzing bemühen werde.

**„Versöhnung“ von  
Mensch und Natur?**

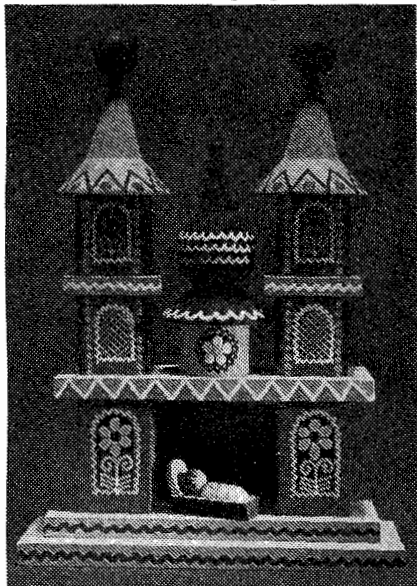
**Karlsruhe.** Unterschiedlich beurteilt wurden die Sonderstellung des Menschen in der Schöpfung und die Frage, ob jeder menschliche Eingriff in die außermenschliche Schöpfung als „Gewalt“ zu verstehen sei, von dem ehemaligen Direktor der Evangelischen Akademie Baden, **Pfr. Dr. Wolfgang Böhme**, und dem Umweltbeauftragten der badischen Evangelischen Landeskirche, **Pfr. Dr. Gerhard Liedke**. In einer „Disputation“, einem „Streitgespräch“, nahmen beide auf Einladung des EAK der CDU in Baden Stellung zum Thema „Schöpfung und Technik – ist eine Versöhnung möglich?“. Die Diskussion unter der Leitung von Hans-Michael Bender fand im Rahmen der „Karlsruher Theologischen Abendgespräche“ des EAK statt, begonnen hatte sie mit einer Andacht von Prälat Gerhard Bechtel.

Liedke betonte dabei die Mitgeschöpflichkeit des Menschen und, ohne



**Bemalte Holzkrippe aus Dänemark**

seine Sonderstellung zu leugnen, die Gemeinsamkeiten von Mensch und Natur und den Eigenwert der außermenschlichen Schöpfung. Böhme dagegen bezog sich verstärkt auf die Sonderstellung des Menschen als Ebenbild Gottes innerhalb der Schöpfung und forderte daher im Umgang mit der Natur



Bemalte Holzkrippe aus Rußland

Güterabwägung. Der Natur komme dabei zwar ein gewisser Eigenwert zu, doch müsse oberster Maßstab dieser Güterabwägung der Mensch und das menschliche Leben sein. Demgegenüber bezeichnete Liedke, ausgehend von alttestamentarischen Belegen, jeden Eingriff des Menschen in die außermenschliche Schöpfung als „Gewalt“. Freilich, so Liedke, habe diese Gewalt auch Segenswirkungen, Ziel müsse es aber im Umgang mit der Natur sein, eine Verminderung der Gewalt zu erreichen.

Die endzeitliche Verheißung der Schöpfung und ihre Befreiung aus aller Gewalt müßten, so Liedke weiter, als Antriebsmotiv für die Mitarbeit der Christen an dieser Versöhnung verstanden werden, wobei er ausdrücklich betonte, daß der Handelnde dieser Befreiung Gott ist, der Mensch aber dürfe mitarbeiten. Nach Ansicht Böhmes ist eine „Versöhnung“ oder Frieden mit der Natur in dieser Welt unmöglich. Die Natur und das Wesen dieser Welt müßten vergehen, so die endzeitliche biblische Hoffnung: „Am Ende führt Gott den neuen Himmel und die Erde herauf“, führte Böhme aus, dann erst sei Versöhnung möglich. Der Mensch könne die Schöpfung weder bewahren noch zerstören, weil sie ganz und gar in Gottes Hand sei. Dem Vorwurf Liedkes darauf, eine solche Sicht führe zum Nichtstun, hielt Böhme entgegen, erst der Ausblick auf die künftige Welt gebe Mut, Kraft und Gelassenheit, diese Welt zu bestehen und, soweit möglich, die den Menschen aufgegebenen Probleme zu lösen.

## Wandel in Ehe und Familie

**Bremen.** Kommt es auch in der Bremer CDU zu einer Quotierung der Frauen? Vor dem Evangelischen Arbeitskreis seiner Partei schloß Parteichef **Bernd Neumann** entsprechende Überlegungen „mit allen Vorbehalten und Einschränkungen“ nicht aus. Die Frage nach der Gleichberechtigung stelle sich in allen Bereichen der Gesellschaft, aber wie in der Kirche seien die Frauen auch in der Politik nach wie vor noch benachteiligt.

Pastorin **Gesa Conring**, niedersächsische Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises aus Hannover, sagte, der Mensch sei als Zweieit geschaffen worden und habe auch den Auftrag, die Erde gemeinsam zu bewahren. Unterschiedliche Menschen schlossen sich zusammen, um diese Aufgabe gemeinsam zu lösen.

Von einem tiefgreifenden Wandel in Ehe und Familie sprach Pastor **Timm Lohse**, Leiter der Evangelischen Familien- und Lebensberatung in Bremen. Juristisch sei die Ehe von einer rein patriarchalischen Institution zu einer Gemeinschaft geworden, in der beide Teile gleichermaßen verpflichtet seien. Er sprach auch den Wandel im Verhältnis zu den Kindern an, die früher als „ein Segen Gottes“, jetzt aber oft als „lästig und störend“ empfunden würden. Statistisch gesehen gebe es pro Paar nur noch 0,8 Kinder.

Steigende Lebenserwartung mit längerer Gemeinschaft, negative Einflüsse aus der Arbeitswelt machten sich belastend bemerkbar. Die Ehe sei nach wie vor als traditionelle Form der Zweierbeziehung beliebt. Die Kirche sollte sich dennoch nicht gegen den Wandel und die damit verbundenen Krisen wehren. Nötig sei ein auf den realen Zustand bezogenes christliches Gestalten der zwischenmenschlichen Beziehungen in allen möglichen Formen, Lohse schloß dabei homosexuelle und heterogene Beziehungen nicht aus.

Nur ein gemeinsames Vorgehen könne die noch vorhandene soziale Ungleichheit beenden, sagte **Silke Striezel**, CDU-Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft. Frauen hätten einen Anspruch auf einen Teil der zur Verfügung stehenden Erwerbsarbeit. Trotz unterschiedlicher Lebensphasen von Mann und Frau müsse ein Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit möglich sein. Das könne nur geschehen, wenn sich beide Partner gegenseitig entlasteten. Voraussetzung dafür sei die Teilzeitarbeit für Frauen und Männer.

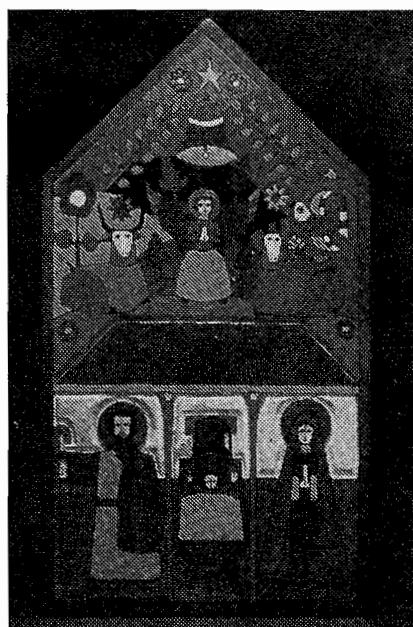
Die Referate lösten vielfältige Dispute aus, die jedoch eingeplant waren: Die Leitung hatte EAK-Vorsitzender **Dr. Friedrich Menke**.

## »Miteinander Zukunft gewinnen«

Unsere Broschüre  
mit Vorträgen,  
Reden,  
Zusammenfassungen  
der  
28. EAK-Bundestagung  
in Karlsruhe

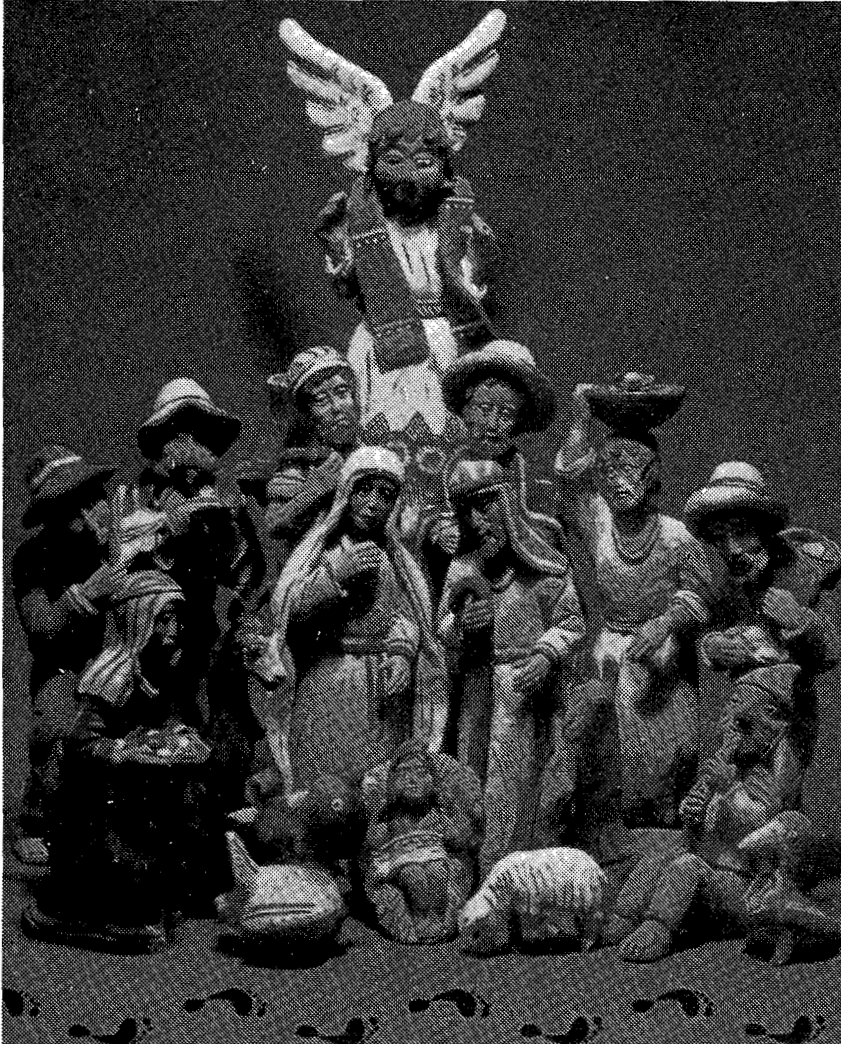
Bitte  
fordern Sie  
die Broschüre an:

**Evangelischer  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU,  
Konrad-Adenauer-Haus,  
5300 Bonn 1,  
Telefon 02 28/54 43 05**



Bemalte Holzkrippe aus El Salvador

# Wir auf dem Weg nach Bethlehem



Daheim bin ich ein mächtiger Mann. Was ich anordne, wird getan. Früher habe ich mir gar nicht vorstellen können, daß es Tage gibt, an denen die Sonne nicht scheint. Aber hier in Palästina ist es zur Zeit lausig kalt. Zum ersten Male in meinem Leben habe ich hier in den Bergen Schnee gesehen. Davon hatte ich vorher nur von unseren Märchenerzählern gehört. Als es gestern zu schneien anfang, bin ich stauend wie ein Kind stehengeblieben. War das ein Schauspiel. Lustig tanzten die weißen Flocken im Wind, so als freuten sie sich ebenso wie ich mich jetzt freue. Ich bin ganz sicher, im jüdischen Land werde ich endlich das große Geheimnis erfahren. Vor einigen Wochen war ein strahlend heller Stern am Abendhimmel erschienen. Ganz ruhig zog er seine Bahn. Ich mußte unbedingt herausfinden, welche Bedeutung er wohl haben mag. Deshalb habe ich mich kurz entschlossen auf den Weg gemacht. Meine Frau war ja dagegen – meine Minister auch. „Unsinn“ haben sie gesagt. Trotzdem, ich bin ganz sicher, daß in diesen Tagen etwas Einzigartiges geschehen wird. Unterwegs traf ich einen anderen König. Der kam von Norden her und hatte eine ganz blasse Haut. Er sagte, in seinem Reich seien alle Menschen so. Merkwürdig. Wir haben uns schnell angefreundet, denn er folgte auch dem hellen Stern. Eigenartig ist das schon. Dieser Stern bringt Menschen mit verschiedenen Hautfarben auf den Weg. Vielleicht ist das ein Teil des Geheimnisses. Daß die Unterschiede nicht mehr wichtig, sondern alle Menschen Brüder sind.

**Anmerkung:** Wir haben diesen Text ebenso wie die Abbildungen auf den vorherigen Seiten aus dem Buch: *Wir auf dem Weg nach Bethlehem*, Burckhardt/Laetare Verlag, Offenbach 1987, entnommen.

## Leserbriefe

**Betr.: EV 10/87**

Mit großem Interesse habe ich den Aufsatz Uwe Wienholz – Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken – eine Aufgabe verantwortlicher Gestaltung – gelesen, dem inhaltlich voll zuzustimmen ist. Der Bereich Schule/Ausbildung ist jedoch aus schulischer Sicht nicht in unserem Sinne angesprochen worden.

Ich darf daher korrigierend feststellen: Die Probleme entstehen nicht daher, daß die Lehrer nicht in der Lage sind, durch oder trotz angemessener Fortbildung den Unterricht zu leisten. Ich kann aus eigener Erfahrung in unserem Hause sagen, daß sehr viele Lehrer

in erstaunlich kurzer Zeit sehr weit in neuen Technologien eingearbeitet sind – teils durch staatliche Fördermaßnahmen, zu einem erheblichen Teil durch eigenes Engagement. Das Problem der Schule ergibt sich nicht aus der mangelnden Qualifikation der Lehrer, sondern aus den enormen Investitionskosten, die auf Schulträger zukommen und deren Finanzkraft übersteigen.

Die Kulturhoheit der Länder blockiert m. E. eine vernünftige Investition in Schulen, weil hier viele Mittel des Bundes über die Wirtschaftsministerien in überbetriebliche Zentren fließen, die in Schulen dringender benötigt würden. Der Abschnitt Ausbildung befaßt sich

mit den überbetrieblichen Einrichtungen der Handwerkskammern und Industrie und Handelskammern. Ich darf dazu nur eine Sorge nennen, daß nämlich diese Zentren zu dritten Lernorten werden, so daß Schule und überbetriebliche Zentren in einer Konkurrenzsituation sind, bei der die Schule der schwächere Partner ist. Aus der derzeitigen Erfahrung ist zu erkennen, daß das duale System bereits durch ein triales ersetzt wurde. Wir sehen aus der Sicht der Schule mit großem Interesse auf die horrenden Investitionsmaßnahmen der Kammern und wünschen uns, daß eine Mittelverteilung zu unseren Gunsten gerechter vorstatten ginge.

Oberstudiendirektor Spengel

In Ergänzung zu den Ausführungen von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble zum Thema „Die Macht der Religion in der Politik“ schickte uns Kirchenverwaltungsoberrat i. R., Fritz Telschow, eine ausführliche Stellungnahme, aus der wir hier den abschließenden Absatz wiedergeben:

## Die christliche Verantwortung

Regierungen, Parteien, Kultur- und Erziehungsminister, Eltern und Lehrer, Rundfunk- und Fernsehräte, sie alle tragen mit Verantwortung für das, was aus mehr als 2 Generationen deutscher Jugend geworden ist. Vorbilder für diese Jugend, wo sind sie? Unsere Medien mit Bild-Zeitung und mit Zynismus, Verbrechen und Horror angehäufte amerikanischen Filmprodukten, die offenbar waggonweise bei uns landen? Der Hysterismus in den Diskotheken und bei den Hitparaden ist dann die Endstation dieser Wirrnis. Aber wie normal ist das alles noch?

Sophie Scholl, die Münchner Studentin, die zusammen mit ihrem Bruder von den Nazis ermordet wurde, schrieb im Jahre 1940 in ihr Tagebuch: „Im Grunde kommt es darauf an, ob wir uns halten können in der Masse, die nach nichts anderem als nach Nutzen trachtet“. – Und am 9. 8. 1942, wenige Monate vor ihrer Hinrichtung: „Weiß ich denn, ob ich morgen früh noch lebe? Eine Bombe könnte uns heute nacht alle vernichten. Und dann würde meine Schuld nicht kleiner, als wenn ich mit der Erde und den Sternen zusammen untergehen würde. – Das weiß ich alles. Aber lebe ich nicht trotzdem leichtsinnig dahin?“ – Möchte doch ein solcher Text den Schülerinnen und Schülern der Oberstufe unserer Gymnasien nahegebracht werden als Beispiel dafür, wie christliche Grundhaltung im Leben eines jungen Menschen Ausdruck finden kann. Unruhe, aber nicht innere Verwirrung.

Sorgen wir dafür, daß unsere Jugend frei von Selbstmitleid wieder Zutrauen faßt zu sich selbst und Vertrauen zu den Institutionen unseres freien demokratischen Staates. Nicht auch um Religion geht es zunächst in der Politik, sondern um menschliche Integrität und um Wahrhaftigkeit, um Glaubwürdigkeit unserer verantwortlichen Politiker. Das „C“ im Parteinamen bedeutet eine Verpflichtung und darf nicht nur Aushängeschild sein. Nicht nur an ihren Worten, die ja auch Worthülsen sein können, wird man die Christen unter den Parlamentariern erkennen, sondern an ihrem Umgang miteinander und mit denen, die anderer Meinung sind als sie.

Zum Schluß muß ich Eleonore von Rotenhan, der Präsidentin des Deutschen Evangelischen Kirchentages widersprechen, wenn sie sagt: „Die Welt hat gelernt, ohne den christlichen Glauben und dessen Wissen um Schuld und Vergebung zu überleben. Sie hat sich Strukturen geschaffen, die wohl einmal aus christlich-abendländischem Geist entstanden sind, die sich aber längst von diesem emanzipiert haben.“ Diese säkularisierte Welt hat nichts gelernt. Sie ist heillos geworden.

Fritz Telschow

## Betr.: EV 8/87

In dieser Ausgabe lese ich (leider erst jetzt) auf Seite 10 unter „Kirche im Sozialismus“ mittlere Spalte ab Zeile 18 von unten:

„Ab 1969 übte die SED Druck aus, um eine Trennung der DDR-Kirchen von der gesamtdeutschen EKD durchzusetzen... Sie wurde innerhalb der Kirche von denen unterstützt, die eine Verschmelzung der DDR-Kirche mit der sozialistischen Gesellschaft anstrebten.“

Ich selbst war (freiwillig) von 1952 bis 1980 Gemeindepfarrer in der DDR. Die Triebkräfte innerhalb der Evangelischen Kirche in der DDR, die (veranlaßt durch den erwähnten politischen Druck) zu einer organisatorischen Lösung von der EKD und zur Bildung einer eigenen kirchlichen Einheit (Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR) führten, waren genau anders motiviert, als es Herr Latk darstellt. Alle Bekenntnisse seitens der DDR-Kirchen zur gesamtdeutschen Einheit (so noch in Fürstenwalde 1967) schafften ja nicht die Tatsachen aus der Welt, daß von der Regierung der DDR die EKD nicht mehr als der kirchliche Gesprächspartner anerkannt wurde. Statt dessen standen ihr – der Regierung – nunmehr acht verschiedene evangelische Landeskirchen gegenüber, die der Staat mit Leichtigkeit gegeneinander ausspielen konnte (und es auch tat). Gerade um der Gefahr der Vereinnahmung durch den Staat entgegenzuwirken, mußte sich die DDR-Kirche zu einem „einstimmigen“ Gesprächsgegenüber formieren.

Dies wurde innerhalb der gesamten Kirche – den Gemeinden und den Pfarrern – eingesehen, gewollt und unterstützt. Was diejenigen darüber dachten, die „eine Verschmelzung der DDR-Kirche mit der sozialistischen Gesellschaft anstrebten“, ist mir nicht bekannt. Solche Leute sind mir auch nie begegnet. Sie müssen bestenfalls in einer verschwindend kleinen Minderheit existiert haben. Dem unbefangenen Leser Ihres Artikels muß notwendig der Eindruck entstehen, diese Letzteren seien die Haupttriebkkräfte zur Bildung des Bundes gewesen. Dieser Eindruck ist schlicht falsch.

Jürgen Schoener  
Pfarrer i. R.

## Betr.: EV 11/87

...Christlich denken und handeln, und damit auch noch seinen Parteinamen zieren, hat erheblich mehr Konsequenzen, als lautstark zu tönen und gelegentlich – siehe Schleswig-Holstein und Frankfurt – bzw. auf Zeit betroffen zu sein. Das bedeutet stets langsam und in allem zu buchstabieren, was christlich heißt und wer da die Richtung angibt. Wenn das in der Politik und beim regieren nicht möglich ist, dann nehmt das „C“ raus. Jesus hat über die Heuchelei einiges gesagt, und das würde dann hier treffen!...

Eckard Jaeger

**Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auch gekürzt abzudrucken.**

\*

### Arbeitskreis Theologie in der DDR

Zu einer DDR-Fahrt brach der Arbeitskreis Theologie im EAK auf. Die Teilnehmer, überwiegend evangelische Theologiestudenten, waren zu Gast bei der evangelischen Kirchengemeinde in Zehdenick an der Havel. Die Fahrt wurde in Zusammenarbeit mit der Deutschlandgesellschaft e.V. organisiert.

Als besonders beeindruckend empfanden die Studenten die herzliche Gastfreundschaft, die ihnen von den Gemeindegliedern entgegengebracht wurde. Auf diese Weise war es möglich, sich aus erster Hand über das Christsein in der DDR zu informieren und einen Blick hinter die Kulissen einer Kirchengemeinde in der DDR zu werfen. Von den schönen Erlebnissen dieser Fahrt angespornt, möchten sie die Freundschaften auch in Zukunft weiterpflegen und auf diese Weise mithelfen, die Verbindungen nach „drüben“ nicht abreißen zu lassen.

Der Arbeitskreis Theologie steht darüber hinaus allen theologisch und kirchlich interessierten Studenten und jungen Leuten offen. Wer Interesse an seiner Arbeit hat, kann sich gerne bei der Bundesgeschäftsstelle des EAK melden  
**(Friedrich-Ebert-Allee 73–75  
5300 Bonn 1).**

**Einladung zum  
8. Bonner Theologischen Gespräch  
»Gott wollte,  
daß sie alle gleich seien«  
Die Menschenrechte  
in der Geschichte der Kirche**

Vortrag des Direktors des  
Seminars für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte  
an der Universität Münster,

**Prof. Dr. Martin Brecht**

**am 25. Januar 1988 um 19.00 Uhr**  
im Kleinen Saal des Konrad-Adenauer-Hauses,  
Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 73–75

Anmeldung und Information unter Telefon 02 28/54 43 02

*Allen Lesern der  
„Evangelischen  
Verantwortung“  
wünschen wir  
eine gesegnete  
Weihnacht  
und ein  
glückliches  
neues Jahr*

**Neu im Team**

Frau Eberhardt unterstützt seit dem 1. Dezember 1987 Frau Heide und Frau Falkenberg bei den vielfältigen Aufgaben des Evangelischen Arbeitskreises. Sie hat sich bereits tatkräftig in ihr neues Tätigkeitsfeld eingearbeitet und freut sich, in diesem wichtigen Bereich mitarbeiten zu können.

**Unsere Autoren:**

Klaus Weigelt  
Leiter der  
Politischen Akademie Eichholz  
Postfach 13 65  
5047 Wesseling

Albrecht Martin  
Minister für Bundesangelegenheiten  
Landesvertretung Rheinland-Pfalz  
Schedestraße 1  
5300 Bonn 1

Dr. Werner Dollinger, MdB  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Gordon M. F. Lueckel  
Domkauler Weg 46  
5014 Kerpen-Blatzheim